Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia"
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm.		vierteljähr.	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2.—	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew.	8.—	Lew.	96.—
Danzig	Guld.	0.30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk.	0.25	Mk.	3.—
Estl nd	E.Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland	Fmk	4.—	Fmk.	48.—
Frankreich . . .	Frs.	1 50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d.	4.—	sh.	4.—
Holland	Gld.	0.15	Gld.	1.80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 15
Sonntag, 24. Sept. 1933

Bezugspreis im Quartal (Im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljahrl.	
Litauen	Lit.	0.55	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B. Frs.	2.—	B.Fr.	24.—
Norwegen	Kr.	0.35	Kr.	4 20
Oesterreich . . .	Sch	0.40	Schill.	4.80
Palästina	Mils	18.—	Mils	216.—
Polen	Zloty	0.50	Zloty	6.—
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24 —
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120.—
Saargebiet . . .	F.Fr.	1.50	F. Fr.	18.—
Schweden	Kr.	0.35	Kr.	4 20
Schweiz	Frs.	0.30	Frs	3.60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.96

Fünf Galgen – wer wird gehängt?

Torgler oder Hitler? — Was sagt der Oberreichsanwalt?

Die Anklage gegen Torgler und Genossen lautet nicht nur auf Brandstiftung, sondern auch auf Hochverrat. Hochverrat begeht man dadurch, daß man eine Verfassung gewaltsam umzustürzen versucht. Welche Verfassung hat Torgler umzustürzen versucht, und was ist aus dieser Verfassung seitdem geworden?

Torgler wurde am 28. Februar verhaftet, als er in das Polizeipräsidium gegangen war, um den Beamten die Unsinnigkeit der gegen ihn erhobenen Brandbeschuldigung klar zu machen. Seine umstürzlerische Tätigkeit kann sich also nur gegen die Verfassung gerichtet haben, die damals noch in Kraft war — und das ist die Verfassung von Weimar.

Hitler war damals seit vier Wochen Reichskanzler. Er war dazu vom Reichspräsidenten — der nach den Vorschriften des Art. 41 vom ganzen deutschen Volke gewählt war und der, wie Art. 42 verlangt, die Verfassung beschworen hatte — auf Grund Art. 53 derselben Verfassung zum Reichskanzler ernannt worden und hatte gleichfalls die Verfassung beschworen. Der Reichstag war nach Art. 25 aufgelöst, die Neuwahl war im Sinne desselben Verfassungsartikels eingeleitet. Unter Berufung auf Art. 48 der Verfassung waren außerordentliche Maßnahmen, die angeblich dem Schutz der verfassungs- und gesetzmäßigen Ordnung dienen sollten, verfügt. Nachher wurde sogar auch noch wirklich ein Reichstag gewählt, der bis zum 17. Mai funktionierte.

Es kann also nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß die Verfassung, gegen die sich der gewaltsame Umsturzversuch Torglers gerichtet haben soll, die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 war, die Verfassung von Weimar. Weil Torgler diese Verfassung umzustürzen versuchte — die Brandstiftung im Reichstag soll ja nur ein Mittel dazu gewesen sein — darum steht Torgler jetzt vor dem Reichsgericht und darum hat Hitler für ihn und seine Mitbeschuldigten in öffentlicher Rede den Tod am Galgen verlangt.

Torgler soll gehängt werden, weil er versucht haben soll, was Hitler getan hat, weil er geplant haben soll, was Hitler ausgeführt hat, weil er eine Verfassung zerstören wollte, die seitdem von Hitler und seinen Spießgesellen bis auf den letzten Rest vernichtet worden ist!

*

Am 15. September hat der preußische Ministerpräsident Göring, höchst feierlich auf einem Thronsessel Friedrich des Großen sitzend, den von ihm selbst erfundenen Preußischen Staatsrat eröffnet. Die Sitzung wurde wieder geschlossen, ohne daß jemand anderer zu Wort gekommen wäre als Göring selbst. Schweigend nahmen die preußischen Granden die Feststellung entgegen, daß sie nichts zu beschließen hätten, da die Autorität von oben komme und ganz oben wären nicht sie, sondern Er. Auch der gewissenhafteste Erforscher des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes — wird keine andere Funktion der neuen preußischen Staatsräte erblicken können als die, an jedem Monatsersten 1000 Mark in Empfang zu nehmen, deren Genuß sie, wie ihre Ernennung selbst, einzig und allein der Gnade des Selbstherrschers aller Preußen verdanken.

Göring hat dem „korrupten Parlamentarismus", dem „furchtbaren System der Vergangenheit" die Grabrede gehalten. Es gibt keinen Reichstag und es gibt keinen Preußischen Landtag mehr! (Warum sollte da van der Lubbe den Sitzungssaal des Reichstages nicht anzünden, wenn man ihn doch nicht mehr brauchte?) Aber etwas von dem korrupten Parlamentarismus und dem furchtbaren System der Vergangenheit ist doch noch übrig geblieben. Das sind die Freifahrkarten und die 600 Mark Monatsdiäten der nationalsozialistischen und gleichgeschalteten Abgeordneten. Die furchtbare Zeit, in der man für das Geld auch etwas tun mußte, ist vorbei; heute bekommt man es für das Nichtstun und die vorschriftsmäßige Gesinnung.

*

Nachdem Hitler schon vor Wochen die Revolution für beendet erklärt hat, müßte man eigentlich annehmen, daß an die Stelle der alten durch Gewalt, Eid- und Treubruch umgestürzten Verfassung eine neue getreten sei. Daß dies nicht der Fall ist, hörten wir jetzt von Göring selbst. Der sprach am 15. September:

Wir stehen heute an diesem Wendepunkt des Staatslebens. Die nationalsozialistische Staatsverfassung, die in diesem Staatsrat zum Ausdruck kommt, gilt heute nicht nur in Preußen, sie wird hinausstrahlen in das ganze Reich. Sie ist

der erste Versuch, zu beweisen und zu zeigen, daß dieses System der Arbeit das richtige ist.

Deshalb dürfen wir vom Wendepunkt des Staatslebens sprechen, dürfen davon reden, daß hier ein Grundstein nationalsozialistischer Staatsverfassung in Preußen und damit auch im Reiche gelegt wird. Denn wir sehen die letzte und größte Bedeutung des heutigen Tages darin, daß mit der Schaffung des neuen Staatsrates in Preußen der Grundstein zu einer wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung gelegt wird, daß insbesondere an Stelle des Staatsorgans, das aus dem durchaus undeutschen Boden des westlichen Parlamentarismus gewachsen war ein Führergremium gesetzt wird, welches urgermanischem und damit rein nationalsozialistischem Denken und Fühlen entspricht. Wir sind ferner des Glaubens, daß die Auswirkung dieses Ereignisses sich nicht allein auf Preußen beschränken, sondern weit darüber hinaus den Gang der Entwicklung beeinflussen wird überall da, wo nationalsozialistisch gedacht und regiert wird.

Nachdem am 27. Februar das Parlament angezündet und so mit der Vernichtung des Parlamentarismus begonnen worden war, ist das Zerstörungswerk folgerichtig fortgesetzt worden — bis zum 15. September, an dem der preußische Ministerpräsident nach seinen eigenen Worten erst den „Grundstein zu einer wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung" legte, und zwar nicht nur für Preußen, sondern großmütiger Weise auch für das Reich...

*

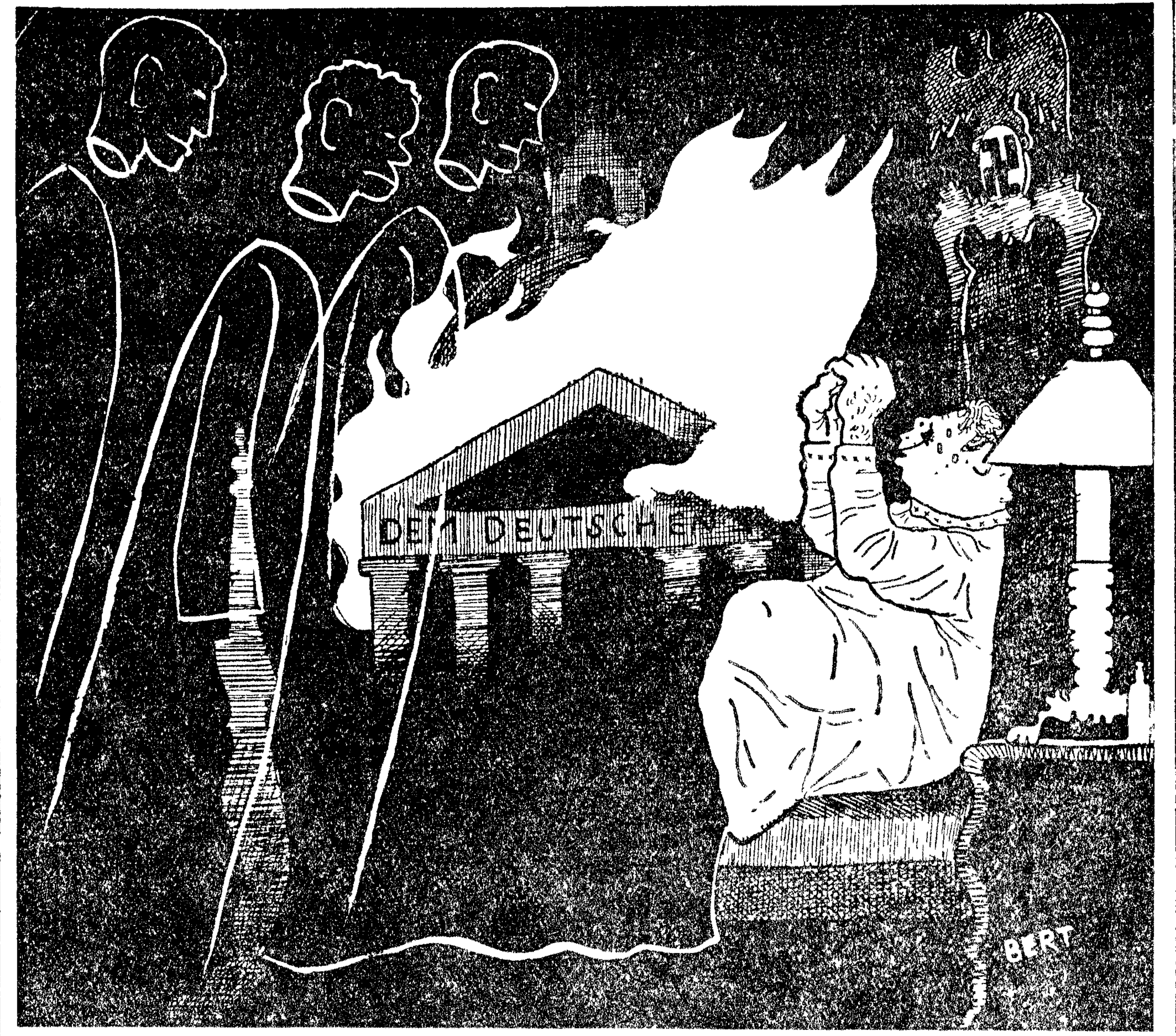
Nun aber zurück nach Leipzig! Der Oberreichsanwalt Werner hat schon so viele Hochverratsanklagen gegen Kommunisten vertreten, daß er sämtliche Schuldbeweise aus dem Schlafe hersagen kann. Und es ist ja zweifellos auch wahr — die Kommunisten selbst haben es nie bestritten — daß die Beseitigung der Verfassung von Weimar mit gewaltsamen Mitteln in der Richtung ihres Programms lag. Zwar haben sie nie einen ernsthaften Angriff unternommen, haben sie sich an Energie und Zielklarheit der verfassungsfeindlichen Absichten von den Nationalsozialisten hundertmal übertreffen lassen, zwar haben sie infolgedessen für ihre eigenen Absichten gar nichts erreicht und nur dem Faschismus den Sieg erleichtert — doch sind das Dinge, für die sie sich vor der Geschichte zu verantworten haben, aber nicht vor dem Reichsgericht in Leipzig.

Denn die Verfassung, deren gewaltsamen Sturz sie nach der Anklage des Oberreichsanwalts geplant haben sollen, besteht nicht mehr. Alle Brandstiftungen, Morde, Festsetzungen von Geiseln und sonstigen Terrorakte, die geplant zu haben sie der Oberreichsanwalt bezichtigt, haben sie nicht mehr begehen können. Die Nationalsozialisten haben ihnen die Mühe abgenommen. Sie haben brandgestiftet, gemordet, Geiseln festgesetzt und grausamsten Terror ohne Maß und Ziel verübt. Wenn Torgler den Tod am Galgen verdient haben soll, weil er vielleicht daran dachte, später einmal das zu tun, was die Hitler, Göring, Göbbels, Röhm, Heines und Konsorten wirklich taten — welche Todesstrafe müßte dann erst für die Hitler, Göring, Göbbels, Röhm, Heines und Konsorten erfunden werden? Sie zu ersinnen, reicht selbst ihre eigene Henkerphantasie nicht aus!

Ja, und was — was würden erst die Richter verdienen, die auf Befehl Hitlers, die Torgler, Taneff, Dimitrow und Popow dem Henker ausliefern wollten? Mögen diese Richter wissen, daß hinter der Macht, die sie zu dem Verbrechen des Justizmordes verleiten will, eine andere steht, vor der sie sich noch einmal zu verantworten haben werden! Es kommt ein Tag des Gerichts auch über das Reichsgericht!

Verurteilung oder Freispruch - am Ende des Brandstifterprozesses steht das Todesurteil über das System!

Der Despot träumt



„Göring! Göring! In diesem Feuer wirst du verbrennen!"

Tod und Zuchthaus!

In Lübeck verurteilte ein sogenanntes Schwurgericht die Reichsbannerkameraden Kaehding und Fick zum Tode. Kaehding wurde in der Zelle erhängt aufgefunden. Selbstmord?

In Bonn erhielten die Sozialdemokraten Klett und Sattler je 12 Jahre Zuchthaus, Schulz 11 Jahre Zuchthaus, Dick 10 Jahre Zuchthaus, Lemmer und Schröder je 8 Jahre Zuchthaus.

Die Verurteilten hatten sich von den braunen Mördern nicht wehrlos abschlachten lassen wollen. Dafür wurden sie mit Tod und Zuchthaus bestraft, während die braunen Mörder nicht nur frei herumlaufen, sondern die fettesten Pfründen des Dritten Reiches erhalten.

Die Namen der Richter, die solche Urteile fällen, dürfen nicht vergessen werden. Es kommt der Tag des Gerichts über sie!

London und Leipzig

Die Ermittelungen des Internationalen Juristenausschusses und die Pflicht des Reichsgerichts

London, 18. September 1933.

Wenn diese Zeilen erscheinen, wird nicht nur der Bericht des Internationalen Juristenausschusses veröffentlicht sein, der hier vier Tage lang öffentlich getagt und Zeugen vernommen hat, sondern wohl auch die Leipziger Gerichtsverhandlung begonnen haben.

Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Untersuchung, insbesondere vor dem offiziellen Prozeß, waren in manchen Kreisen, auch uns nahestehenden, Zweifel vorwiegend taktischer Art geäußert worden. Heute, nach Abschluß der Londoner Verhandlungen, läßt sich mit gutem Gewissen feststellen, daß diese Zweifel unberechtigt waren, daß der Juristenausschuß überaus wertvolle Arbeit geleistet und sehr wichtige Ergebnisse erzielt hat.

Er hat trotz mancher Regiemängel, trotz der manchmal überflüssigen Breite gewisser Zeugenaussagen, die vom Beweisthema zuweilen abschweiften, zunächst einmal das Verdienst gehabt, die Weltöffentlichkeit in einer Weise zu interessieren und zu alarmieren, die Hitlers Propagandachef Dr. Göbbels sehr unbequem werden dürfte. Und wenn am Schlußtag der Sohn Torglers, die Schwester Dimitroffs und die Witwe des grauenhaft gemeuchelten kommunistischen Abgeordneten Schütz-Königsberg, sowie der Dichter Ernst Toller zum Zeugentisch erschienen, ohne zur Sache selbst Wesentliches aussagen zu können, so haben gerade ihr Erscheinen und ihre Aussagen als eine furchtbare Anklage gegen die Kerkermeister, Meuchelmörder und Kulturschänder des 3. Reiches gewirkt.

Aber viel wichtiger sind die tatsächlichen Feststellungen, die die Londoner Verhandlungen zur Sache selbst ergeben haben. Die Ergebnisse der hiesigen Untersuchungen lassen sich dahin zusammenfassen:

1. **Torglers Unschuld ist hundertprozentig nachgewiesen.** Nachgewiesen nicht nur durch die Bekundungen jener Zeugen, die ein politisches Leumundszeugnis für ihn abgelegt haben, z. B. Paul Hertz und Rudolf Breitscheid, sondern auch und vor allem durch die außerordentlich präzisen Angaben der beiden Kommunisten Wilhelm Koenen und Otto Kühne, die den Nachmittag und den Abend des 27. Februar mit Ernst Torgler verbracht und geradezu minutenweise eine lückenlose Darstellung seiner Tätigkeit an jenem Tage liefern konnten.
2. **Ebenso hundertprozentig ist der Alibibeweis für den Bulgaren Dimitroff erbracht,** von dem man bisher fast nichts wußte. Man erfuhr jetzt, daß er tatsächlich ein führender Kommunist gewesen ist, sogar ein Mitglied der Exekutive der III. Internationale, anscheinend fast ausschließlich zuständig für die Balkanstaaten. Es ist erwiesen, daß er in den entscheidenden zwei Tagen — 26. und 27. Februar — in München gewesen ist, also 600 km vom Reichstag entfernt. Der kroatische Zeuge Zivitsch, der die beiden Tage mit ihm dort verbrachte, hat eine so genaue Schilderung seines dortigen Aufenthaltes gegeben und sogar zwei Zeugen benannt, einen dortigen Zahnarzt und eine Amerikanerin, die mit Dimitroff am 27. dort zusammengekommen ist, daß es für die Behörden eigentlich ein Kinderspiel sein müßte, diese Angaben nachzuprüfen.
3. Von den zwei anderen Bulgaren Popoff und Taneff, die gewissermaßen à la suite ihres Freundes Dimitroff mitverhaftet und angeklagt worden sind, hat man bei den Londoner Verhandlungen leider nichts gehört. Ich erfahre jedoch, daß die beiden Dank eines glücklichen Zufalls ebenfalls in der Lage sind, ein Alibi, und zwar einen Kinobesuch am Abend des Reichstagsbrandes nachzuweisen. Aber auch wenn das nicht der Fall sein sollte, dann ist ihre Unschuld kaum weniger erwiesen.

Denn die wirkliche Schuld ergibt sich sonnenklar aus dem anderen Untersuchungskomplex, der inbezug auf den rätselhaften holländischen „Kommunisten" Van der Lubbe behandelt worden ist. Die Vernehmung von drei holländischen Zeugen über die politischen Anschauungen, über seine Sehstärke und über seine sexuellen Neigungen stellen m. E. das wichtigste Ergebnis der hiesigen Verhandlungen dar.

Aus diesen Aussagen ergibt sich einwandfrei:

1. **Daß Van der Lubbe ein politischer Wirrkopf war, der in den letzten zwei Jahren vor dem Reichstagsbrand mit der kommunistischen Partei nicht nur gebrochen hatte, sondern eher faschistischen Ansichten huldigte.**
2. **Daß er infolge eines doppelten Arbeitsunfalls nicht nur außerordentlich kurzsichtig war, sondern nahezu als halb blind bezeichnet werden muß. Außerordentlich eindringlich und übereinstimmend schilderten die drei Zeugen, wie Van der Lubbe nur aus nächster Nähe und von der Seite eine Zeitung lesen konnte. Einer bekundete, daß Van der Lubbe Arbeit auf einem Lastkahn gefunden hatte, nach kurzer Zeit aber entlassen werden mußte, weil er dauernd den Weg verfehlte und ins Wasser fiel!**
3. **Daß er, wie der Zeuge van Leeuwen sehr eingehend bekundete, ein Homosexueller war, der mit ihm selber anscheinend vergebens anzubandeln versuchte, der aber z. B. mit einem gewissen Koos Vinck wie „Junge und Mädel" verkehrte, wobei Van der Lubbe notorisch das „Mädchen" war. Er steckte dauernd in Schulden und gerade wenn er nicht mehr finanziell weiterkonnte, pflegte er nach Deutschland zu reisen, um sich zu sanieren.**

Das genügt wohl! Man braucht nunmehr nicht einmal die wertvollen und schlüssigen Bekundungen der Zeugen Hertz und Kühne zu erwähnen, über die innere Organisation des Reichstags, über die sonderbaren Brandstellen, über die Türkontrollen, über den unterirdischen Gang der Zentralheizungsanlagen zwischen dem Reichstagsgebäude selbst und dem Präsidentenhaus, das Göring seit Wochen den SA-Leuten überlassen hatte; noch ist es jetzt notwendig, auf den von Grzesinski widerlegten Schwindel über die Katakomben und das „Umsturzmaterial" im Karl-Liebknechthaus besonders einzugehen, und auch die sonstigen Bekundigungen der Zeugen Breitscheid, Georg Bernhard, Philippsborn u. a. über die allgemeine politische Situation in der damaligen Zeit, über die erwartete „Wahlbombe" der Nazis usw. sind, so wertvoll sie an sich waren, nur in zweiter Linie zu berücksichtigen.

Wenn es unter den höchsten unabsetzbaren Richtern des Reiches noch einen Funken von Anstand und Ehrgefühl gibt, dann ist es ihre heilige Pflicht, das Lügengebäude des Oberreichsanwalts und der Hitlerregierung mit einigen einfachen Fragen zu zerreißen, die sich aus der Londoner Untersuchung ganz von selbst ergeben.

Sollte Van der Lubbe, aus irgend welchen Gründen, die man sich unschwer vorstellen kann, bei seinen unmöglichen idiotischen ersten Angaben bleiben, dann brauchen sie ihm nur ein Zeitungsblatt zu überreichen und ihn aufzufordern, daraus etwas vorzulesen. Dann wird sich sofort ergeben, daß dieser halbblinde Mann weder im dunklen Reichstag als Brandstifter umherwandeln, noch erst recht als Fassadenkletterer — wie es neuerdings heißt — darin eindringen konnte.

Sie müssen ihm dann Fragen über seine sexuellen Neigungen stellen, über seine Beziehungen zum Kreis Röhm—Heines—Bell, und zwar solange, bis er die Wahrheit zugibt, daß er nämlich ein Werkzeug jener im Präsidentenhaus verkehrenden SA-Homosexuellen war.

Geht das Reichsgericht über alle diese entscheidenden Punkte hinweg, unterlassen es die Reichsrichter es, diese entscheidenden Fragen in öffentlicher Sitzung aufzuklären, dann ist für sie kein noch so verächtlicher Ausdruck zu hart. Dann machen sie sich selbst nachträglich zu Komplicen des Reichstagsbrandes, den sie jetzt mit Leichtigkeit aufklären könnten.

Werden sie es tun, trotz der Folgen, die die Aufklärung des Verbrechens vom 27. Februar für das ganze Verbrecherregime nach sich ziehen müßte? Die Ehre Deutschlands liegt in der Hand der Bumke, Bünger und ihren Kollegen, den höchsten Richtern des Deutschen Reiches!

Victor Schiff.

Sie lügen wie die Teufel . . . !

Zerschlagen — nicht zerschlagen?

Ein völliger Widerspruch und seine Erklärung.

Der Beauftragte Hitlers für Wirtschaftsfragen, dem alle wirtschaftspolitischen Organisationen der nationalsozialistischen Partei unterstehen, Wilhelm Keppler hat am 6. September 1933 eine Rede gehalten, der wir folgende Sätze entnehmen (Bericht der Frankfurter Zeitung vom 7. September 1933):

Die Regierung habe es sich weiterhin zum Ziel gesetzt, gegen jede zu weitgehende Organisierung anzukämpfen. **Man habe die bestehenden Gewerkschaften zerschlagen** und sei auch kein Freund der Arbeitgeberverbände, weil man es für viel zweckmäßiger halte, die Leitung eines Betriebes und seine Belegschaft wieder in engsten Kontakt zu bringen.

Drei Tage darauf hielt der berüchtigte Dr. Ley, der Leiter der sogenannten „Deutschen Arbeitsfront" zu Köln eine Rede, in der er folgendes ausführte (Bericht der Germania vom 10. Sept. 1933):

Man habe ihm, Dr. Ley, Vorwürfe gemacht, daß **er die Gewerkschaften in die Arbeitsfront hineingeführt habe, anstatt dem Wunsche nach ihrer Zertrümmerung stattzugeben.** Aber der Nationalsozialismus habe erkannt, daß der beste Teil der deutschen Arbeiterschaft neben SA und SS in Gewerkschaften organisiert war.

Befindet man sich im Irrenhause? Keppler rühmt es als Verdienst des Nationalsozialismus, die Gewerkschaften zerschlagen zu haben, Ley dagegen beansprucht es als Verdienst des gleichen Nationalsozialismus, dem Wunsche nach Zertrümmerung der Gewerkschaften nicht nachgegeben zu haben!

Dieser scheinbar unlösliche Widerspruch findet aber seine natürliche Erklärung, wenn man erfährt, wo beide Reden gehalten wurden: Keppler sprach vor dem Enquete-Ausschuß zur Untersuchung der Lage im Bankgewerbe, also vor einem rein kapitalistischen Gremium, wo man einander nichts vorzumachen brauchte. Ley dagegen sprach auf dem „Großen Konvent der Arbeitsfront", auf dem den Arbeitern vorgespiegelt werden mußte, als hätten sie noch etwas zu sagen.

So konnte denn Keppler mit zynischer Offenheit zugestehen, daß die Gewerkschaften durch die Gleichschaltung de facto zerschlagen sind, während Ley so tun mußte, als ob er die Gewerkschaften durch Ueberführung in die Arbeitsfront gerettet habe. Er mußte sogar diese angebliche Rettungstat durch das süß-saure Kompliment an die „marxistisch verseuchten" Freigewerkschafter begründen, daß sie den besten Teil der Arbeiterschaft darstellen, was in seiner Lügnerei die einzig wahre Tatsachenbehauptung ist. Denn er verschweigt, was sein Parteigenosse Keppler bezeugt, daß eben mit der Ueberführung in die Arbeitsfront die Kampfkraft der Gewerkschaften zerschlagen wurde.

Politiker zu kaufen

„Enge Beziehungen zu allerersten Kreisen"

Seit Hindenburg sein steuerfreies Gut, Hitler und Göring ihre bayrischen Landsitze und alle bedeutenden Pg. ihre gutbesoldeten Posten erhalten haben, ist bekanntlich die kapitalistische Korruption endgültig beseitigt. Da wundert man sich aber doch, wenn man auf einmal im „Berliner Tagblatt" vom 5. September folgendes Inserat findet:

Politiker

Obering., 40 J., kth. derzeitige enge Beziehungen zu allerersten Kreisen sucht industrielle oder wirtschaftl. Vertrauensstellung. Off. unt. **Nk. G. 67089** bef. **Rudolf Mosse, Berlin-Neukölln,** Berliner Straße 76, 77.

Eine hübschere Verbindung von Politik und Geschäft läßt sich gar nicht vorstellen. Ein „Politiker" bietet sich mit seinen engen Beziehungen zu allerersten Kreisen öffentlich aus — durch Rudolf Mosse! War es dazu notwendig, das Dritte Reich zu gründen.

Ins Gefängnis

Wer den Mund auftut, gefährdet den Staat

In Deutschland erzählt man sich, daß nächstens alle Zahnärzte ihre Praxis niederlegen würden, weil im Dritten Reiche niemand mehr wagt, den Mund aufzutun. Das kann man verstehen, denn jeder Deutsche steht, sobald er den Mund öffnet, mit einem Fuße im Gefängnis. So teilt z. B. die Pressestelle des schlesischen Oberpräsidiums mit:

„In verschiedenen der im vorigen Herbst aufgelösten und nicht wieder hergestellten schlesischen Landkreise werden offenbar systematische Gerüchte in die Welt gesetzt, die von einer Wiederherstellung auch dieser Kreise wissen wollen . . . Die Verbreiter derart unverantwortlicher Gerüchte mögen sich vor Augen halten, **daß sie** sich der Gefahr aussetzen, zum Schutz von Volk und Staat in Polizeihaft genommen zu werden."

Kann sich der in Freiheit — das heißt nicht in Deutschland — lebende Mensch ein harmloseres Gespräch denken als eines über die etwaige Wiederherstellung aufgelöster Landkreise? Im Dritten Reich müssen „Volk und Staat" vor dem Unglücklichen geschützt werden, der es wagt, dieses Thema anzuschneiden! Normale Leute können hier nicht mehr mit — hier sind Spezialisten für Verfolgungswahn zuständig.

Unzulässiges Gedicht

Zulässige Schuhwichse

Auf Grund des Gesetzes zum Schutz der nationalen Symbole (19. Mai 1933) werden vom Reichspropagandaministerium ständig gewisse Kitschgegenstände beklopft und zum Teil für „unzulässig" erklärt. Uebrigens eine Sisyphusarbeit — die Einfälle hakenkreuzbegeisterter Geschäftemacher erneuern sich wie die Versprechungen der Führer mit jedem Tag. Auf der letzten Liste „unzulässiger" Fabrikate finden sich folgende Raritäten:

Matratzendrell mit Hakenkreuzmuster, Hitler-Gruß-Doppelpostkarte mit beweglichem Arm, Tabakpfeife mit Hakenkreuz, Backformen mit Hakenkreuz und der Bezeichnung SA, bemalter Kissenbezug, der außer der Aufschrift „Der Freiheit entgegen" einen Adler, tragend ein Hakenkreuz auf weißem Felde mit einem schwarzweißroten Rande aufweist — und

Gegenstand: Gedicht „Mein Hakenkreuz im Licht", Hersteller: Frieda Gliese, Reichenau, Herstellungsort: Reichenau Sa.

Arme Frieda Gliese! Gedichte „herstellen" ist doch keine Schande, Göbbels selber stellt sogar Romane her (und was für welche!). Außerdem wurden die schwarzweißroten Schuhputzdosen mit der Aufschrift „National" der Firma Gebler-Werke ausdrücklich für „zulässig" erklärt — und die sind doch sicher auch nicht schöner als „Mein Hakenkreuz im Licht". Wer hat da gegen die Gliese intrigiert? Wer hat sein Geld in den Gebler-Werken stecken?

Gefährliche Verwechslung

Die Beamten der deutschen „Wach- und Schließgesellschaft" werden neu uniformiert, um Verwechslungen mit der SA und SS — also mit der Krach- und Schießgesellschaft — zu vermeiden. Das ist höchste Zeit! In Wohnungen, die irrtümlich der SA und SS geöffnet wurden, soll kein silberner Löffel im Schrank, kein Pfennig in der Haushaltkasse, kein Teller auf dem andern geblieben sein.

Staat der Landsknechte

„Es ist selbstverständlich, daß der Nationalsozialismus als eine Bewegung herrlichster und härtester Männlichkeit zunächst für eine gewisse Durchgangszeit zu einem gewissen Gegensatz zur Frau kommen mußte, Denn die Bewegung, die heute der Staat ist, ist vom Soldaten, und zwar von einem besonderen Typ des Soldaten, vom Landsknecht, getragen und gebaut worden."

(Dr. Walter Groß auf dem Nürnberger Parteitag.)

Wieviel Arbeitslose?

Amtlicher Schwindel mit Zahlen — Die Steuerstatistik bringt es an den Tag

Das gleichgeschaltete Statistische Amt gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Widersprüche zwischen seinen Arbeitslosenziffern und der wirtschaftlichen Wirklichkeit wenigstens auf dem Papier aus der Welt zu schaffen. Deshalb hat sich das dem Statistischen Reichsamt unterstellte Institut für Konjunkturforschung entschlossen, die amtlichen Arbeitslosenziffern durch Zahlen über die Entwicklung des Arbeitseinkommens zu stützen.

In seinem Wochenbericht vom 6. September behauptet das Institut, daß in dem Maße, wie sich das Hitlerregime befestigt hat, das Arbeitseinkommen gewachsen sei. Es sei „vom 1. und 2. Vierteljahr 1933 um rund ½ Milliarde RM. gestiegen. Das ist erheblich mehr als in der gleichen Zeit der letzten Jahre, bedeutet also eine über das Saisonmäßige hinausgehende Steigerung." Vom 1. zum 2. Vierteljahr hat sich nach den Angaben des Instituts das Arbeitseinkommen wie folgt erhöht:

1930 um 0.1 Milliarden Reichsmark
1931 „ 0.2 „ „
1932 „ 0.3 „ „
1933 „ 0.5 „ „

Im letzten Vierteljahr 1932 betrug danach das Arbeitseinkommen 6.413 Millionen Mark, bis Ende des ersten Quartals 1933 war es auf 6000 Millionen gesunken und bis Ende Juni auf 6500 Millionen Mark gestiegen. Seit Sommer 1929 sei das Arbeitseinkommen von einem Jahr zum andern stets gesunken. Nur im zweiten Quartal des Jahres, in dem das Dritte Reich zum Ausbruch gekommen war, sei es zum erstenmal im Verlaufe der letzten vier Jahre gestiegen. Wenn das Arbeitseinkommen zwar unverhältnismäßig gewachsen ist, aber noch nicht die Höhe von 1932 erreicht habe, so liege das an den Sünden der früheren Regierung, die es verschuldet haben, „daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 . . . die Löhne und Gehälter noch gesenkt wurden."

Die vom Institut behaupteten Ziffern des Arbeitseinkommens sollen die Besserung der Konjunktur beweisen und einen indirekten Beweis für die Richtigkeit der allseitig mit Skepsis betrachteten Arbeitslosenstatistik liefern.

Die Behauptung, daß das Arbeitseinkommen gewachsen sei, stimmt aber mit der Statistik der Steuereinnahmen nicht überein,

die im zweiten Augustheft der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" enthalten ist. Danach betrug die Einnahme an Lohnsteuer im zweiten Vierteljahr in tausend Mark:

1931: 282.2
1932: 196.7
1933: 182.4

Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen:

Ende Juni 1932: 5,475.778
Ende Juni 1933: 4,856.942

Es ergibt sich also der merkwürdige Widerspruch, daß zur gleichen Zeit die Arbeitslosigkeit gesunken ist oder, was dasselbe bedeutet, die Zahl der Beschäftigten zugenommen und trotzdem die Lohnsteuereinnahme abgenommen hat. Das Sinken des Lohnsteueraufkommens ist zwar kein schlüssiger Beweis dafür, daß die amtliche Arbeitslosenstatistik gefälscht und daß die Arbeitslosigkeit tatsächlich gestiegen und nicht, wie amtlich behauptet wird, gesunken ist.

Wenn aber bei zunehmender Beschäftigung gleichzeitig der Ertrag der Lohnsteuer geringer geworden ist, dann muß eine Senkung des Lohneinkommens stattgefunden haben.

Ist die Steuerstatistik richtig, dann muß entweder die Arbeitslosenstatistik oder die Lohnstatistik falsch, aber sie können nicht beide zugleich richtig sein.

In der Zeit vom 1. zum 2. Vierteljahr 1933 sanken die Arbeitslosenziffern von 5,598.850 auf 4,856.942, also um rund 700.000. Die Lohnsteuer beträgt nominal 10 Prozent, unter Berücksichtigung des steuerfreien Einkommens und der Abzüge rund 5 Prozent. Nimmt man ein Durchschnittseinkommen von 1200 Mark im Jahre oder 300 Mark im Vierteljahr an, dann müßte in dieser Zeit die Lohnsteuereinnahme um 10.5 Millionen Mark zugenommen haben. Tatsächlich ist sie aber in diesem Zeitraum nur von 182.2 auf 184.4 Millionen Mark gestiegen, also um ganze 200.000 Mark. Daraus ergibt sich klar und deutlich, daß entweder die Arbeitslosigkeit zugenommen, oder daß das Arbeitseinkommen nicht nur nicht über das saisonmäßige Maß hinaus zugenommen, sondern weit dahinter zurückgeblieben ist. Das Statistische Reichsamt hat also die Wahl, ob es zugeben will, daß die behauptete Abnahme der Arbeitslosigkeit oder die behauptete Zunahme des Arbeitseinkommens Schwindel ist.

Wankender Glaube — sinkende Kurse

Die Herolde des Dritten Reiches hatten feierlich verkündet, daß der bloße Glaube an Hitler Wunder wirken würde, und daß dem enormen Aufschwung der Seelen der Aufschwung der Wirtschaft folgen würde. Ein ziemlich zuverlässiges Barometer für die Höhe des Vertrauens der deutschen Unternehmer in die Wunder wirkende Kraft der Hitlerschen Arbeitsbeschaffung sind die Kurse der Wertpapiere. Da ergibt sich denn, daß die Aktienkurse in Deutschland ständig sinken, während auf den großen Weltbörsen die Kurve der Aktienkurse im Steigen ist. In der Zeit vom 12. August bis zum 9. September stieg der Aktienindex in London von 67.5 auf 68, in Amsterdam von 34.7 auf 38.9, in New York von 58.8 auf 59.8, in Zürich von 47.8 auf 48.7,

dagegen sank der Aktienindex zur gleichen Zeit in Berlin von 29.4 auf 25.3.

Der Aktienindex insgesamt sank von rund 68 Anfang August auf rund 65 Anfang September.

Einige Berliner Banken haben wegen völliger Stockung des Börsengeschäfts ihren Betrieb eingestellt. Man muß auch berücksichtigen, daß die Großbanken von der Reichsregierung gezwungen werden, auf der Börse zu intervenieren, d. h. Aktien, die vom allzu tiefen Sturz bedroht waren, aufzukaufen. Die amtlichen Börsenkurse sind frisiert; ohne die den Banken aufgezwungene Intervention, die die ohnehin spärlichen Wirtschaftskredite noch weiter verkürzt, wäre der Fall der Kurse noch heftiger.

Im letzten Wochenbericht der Berliner Handelsgesellschaft, einer der Berliner Großbanken, wird diese auffallende Erscheinung zu erklären versucht. Die Bank kann ihre Meinung nicht offen aussprechen und überläßt es deshalb ihren Kunden, zwischen den Zeilen zu lesen. Immerhin ist die Umschreibung deutlich genug. Es heißt in dem Bericht:

„Die Wirtschaftsumstellung hat aus persönlichen oder sachlichen Anlässen das Angebot am Effektenmarkt gesteigert".

Mit anderen Worten: anstatt angeregt durch den erhofften Wirtschaftsaufschwung mehr Aktien zu kaufen, haben die Kapitalisten sich nach Kräften bemüht, die Wertpapiere, die sie bereits hatten, loszuwerden. Weiter heißt es:

„Nun wird vermutlich, jener Teil der Kapitalbildung, der sich über die Unternehmung vollzieht, noch erheblich durch die Notwendigkeiten der Wirtschaftsanpassung beansprucht, auch ist möglich, daß die organisierte Arbeitsbeschaffung dann und wann noch Reibungsverluste verursacht."

Die Art der Hitlerschen Arbeitsbeschaffung wirkt also auf das Anlage suchende Kapital nicht ermunternd, sondern abschreckend.

Die Unternehmer glauben also nicht an den von Hitler versprochenen Aufstieg,

weil sie den tatsächlichen Abstieg allzu deutlich vor Augen sehen.

Im allgemeinen pflegt das Sinken der Aktienkurse vom Steigen der Rentenkurse begleitet zu sein. Die Kapitalisten, denen die Anlage der Aktien zu riskant erscheint, wandern zu den mit fester Verzinsung und Garantien der öffentlichen Hand ausgestatteten Anleihepapieren ab. Diesmal jedoch sind die Kurse der Rentenpapiere nicht nur nicht gestiegen, sondern gleichfalls gesunken.

Das Kursniveau der festverzinslichen sechsprozentigen Wertpapiere fiel von 79 Anfang August auf 77.9 Anfang September.

Auch dafür gibt der Bericht der Berliner Handelsgesellschaft eine Erklärung:

„Zuzugeben ist, daß das im Mittelpunkt der Rentenmarkterörterungen stehende kommunale Schuldenproblem durch psychologische Antriebe allein nicht gelöst werden kann."

Die hoffnungslose Pleite der Kommunalfinanzen schreckt also die Kapitalisten vor dem Ankauf von Anleihepapieren zurück. Sie fürchten, daß sie die Leidtragenden des finanziellen Bankrotts der Kommunen sein werde, wie es die Anleihegläubiger einer Reihe deutscher Großstädte bereits geworden sind. Die Bemerkung der Berliner Handelsgesellschaft ist aber auch eine schallende Ohrfeige für die Hitlerregime, für die die gleichgeschaltete Leitung dieser einst „verjudeten" Bank eigentlich mindestens das Konzentrationslager verdient hätte. Denn sie besagt, daß es auf die Dauer nicht damit getan ist, den Mangel an wirklichen Leistungen mit Reklamegeschrei zu übertönen, oder mit Feuerwerk zu überblenden.

Mercaton.

Hitler, der Märtyrer

wie er von republikanischen Schergen mißhandelt wurde

Nach dem Münchener Bürgerbräuputsch im Jahre 1923 wurde Hitler in der Festung zu Landsberg a. L. gefangen gesetzt, und die braunen Byzantiner von heute dichten diese Festungszeit gern in ein Martyrium ihres Führers und Helden um. Jetzt hat der SS.-Sturmführer Otto Lurker im Verlag E. S. Mittler und Sohn, Berlin, ein Buch erscheinen lassen, betitelt: „Hitler hinter Festungsmauern". Er, der damals Strafanstaltswachtmeister in Landsberg war, kennt Hitlers Festungszeit aus eigener Anschauung, und man darf ihm Wort für Wort glauben, wenn er schildert, wie hart der gewissenlose Aufwiegler, der Hunderte in das unsinnige Blutvergießen eines aussichtslosen Putschs trieb, gestraft wurde.

So erging es dem „Märtyrer" in der Haft:

„Nach gemeinsam mit den Mitgefangenen eingenommene Frühstück, währenddessen er sich meist über Fragen der Kunst und Geschichte unterhielt, zog sich Hitler in der Regel auf seine inzwischen durch Gefängnissträflinge gerichtete Stube zurück und vertiefte sich in das Studium politischer, wissenschaftlicher und belletristischer Werke. Eine reichhaltige Bibliothek mit den auserlesensten Büchern, meist Geschenken von Freunden und Verehrern, stand ihm dabei zur Verfügung. Im Laufe der Haftzeit hatte seine Bücherei eine erhebliche Bereicherung erfahren und nahm den größten Teil seiner mit hübschen Bildern und Blumen geschmückten Stube ein.

Später folgte dann ein mehr oder minder kurzer Spaziergang im Festungsgarten, wobei sich Hitler mit seinen Freunden über die politischen Aussichten unterhielt, den Turnübungen seiner Mitgefangenen zusah oder den Fortschritt der Gartenanlage besichtigte, zuweilen auch in der Sonne sitzend in einem Buche las. Häufig war ein kleiner Kreis um ihn versammelt, mit dem er sich in seiner freundlichen Art lebhaft unterhielt. Hauptsächlich in der ersten **Zeit seiner Haft wurden die Spaziergänge in der Regel durch viele Besuche unterbrochen, die sich oft bis zur Mittagszeit und darüber hindehnten. Die Einnahme des Mittagessens vereinigte Hitler dann wieder mit seinen Getreuen zu längerem Beisammensein im Tagesraum. Dieser hatte durch Anbringung einer Uhr und von eingerahmten Kunstblättern ein freundliches Aussehen gewonnen . . . Die Post brachte Briefe und Zusendungen.**

Das war Hitlers Martyrium! Eine Sommerfrische, um die mancher arme Teufel im Dritten Reich sonstwas geben würde.

Wie würde man einen Krieger nennen, dem einst sein sieghafter Gegner großmütig Leben und Freiheit schenkte, und der zum Dank dafür, sobald er selbst im Vorteil ist, diesen Gegner von entmenschten Knechten prügeln, peinigen, foltern, in den Dreck treten und endlich erschlagen läßt? Einen feigen Lumpen, einen blutigen Schuft würde man ihn nennen, dem kein anständiger Mensch mehr die Hand geben sollte!

Aber auch wir werden daraus zu lernen haben, wie man gemeingefährliche politische Verbrecher in Zukunft zu behandeln hat!



So „büßte" Hitler nach dem Müchner Bürgerbräuputsch im Jahre 1923 seine Blutschuld

Propaganda! Propaganda!

150.000 Versammlungen.

Göbbels verordnet:

Am 1. Oktober Erntedankfest als agrarisches Gegenstück zum 1. Mai.

Göbbels verordnet:

Ab 1. Oktober 150.000 (einhundertfünfzigtausend) Versammlungen zur Propaganda der NSDAP.

Einhundertfünfzigtausend Ansprachen der Vorsitzenden und einhundertfünfzigtausend Reden der Referenten sind zusammen dreimalhunderttausend Reden.

Die Propagandawut überschlägt sich. Der Hunger des Volkes, der Mißerfolg auf allen Gebieten soll aus der Welt geredet werden!

Dreihunderttausend Reden — und kein Widerspruch erlaubt!

Dennoch — der Tag wird kommen, an dem die Stimme des Volkes den Göbbels mitsamt seinen 300.000 dressierten Schwätzern zum Schweigen bringen wird.

Noch kreischen sie, die heute oben stehen. Aber schon grollt es in der Tiefe!

„Ungehängt."

In der von dem Abgeordneten von Leers geschriebenen Broschüre „Juden sehen dich an" reiht sich Menschenbild an Menschenbild, und jede Unterschrift ist eine offene Mordhetze. Die dem Mordstrahl schon zum Opfer fielen, werden noch im Grab bespien. Rosa Luxemburg — „gerichtet", Karl Liebknecht — „erschossen", Erzberger — „endlich gerichtet".

Und in der Reihe der lebenden „Lügenjuden" taucht ein Kopf auf mit gütigen Augen, mit einer hohen, klugen Stirn. Darunter steht „noch ungehängt", und wie ein blutiger Schleier liegt es über dem Bild, über der schändlichen Unterschrift. Kugeln aus der Büchse eines gekauften Lumpen löschten das klare Licht dieses Geistes aus. Der da im Bild gezeigt wird, hieß — Theodor Lessing.

Und das gleiche Wort „ungehängt", die gleichen Zeichen der braunen Verbrecherschrift stehen auch unter dem Bild Albert Einsteins.

Die Presse des Dritten Reiches höhnt aber über die Freunde, die sich um das Leben Einsteins besorgt zeigen.

Die Dinte wider das Blut

Vom Geheimen Staatspolizeiamt für den Bereich des Landes Preußen ist beschlagnahmt und eingezogen worden: „Artur Sünder. Die Dinte wider das Blut" von Hans Reimann.

Neurath lügt für Hitler

Deutschlands Rüstungen und die Welt

Der Außenminister des Dritten Reichs, Herr von Neurath, hat mit seiner Rede vor der ausländischen Presse bewiesen, daß kein Mensch Mitglied der gegenwärtigen deutschen Regierung sein kann, ohne bis auf den Grund seiner Seele zu verschmutzen. Herr von Neurath hat vierzehn Jahre lang dem System, das er jetzt beschimpft, mit Ergebenheit gedient. Heute besitzt er die Unverfrorenheit, von Leuten zu sprechen, „die einem Deutschland nachtrauern, in dem sie sich auf Kosten des Volkswohles zu Einfluß bringen konnten.“

Herr von Neurath hat noch unter den Regierungen Papen und Schleicher im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gemeinsam mit uns gegen den verderblichen Wahnsinn der Habicht und Rosenberg gekämpft.

Er hat sich dabei in Uebereinstimmung mit allen höheren Beamten seines Amtes befunden. Heute stellt er sich hin und erzählt den Vertretern der ausländischen Presse, daß die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich für die „Grundsätze wahrer Demokratie“ kämpfe und daß die Reichsregierung — die ihre Mörder in alle benachbarten Länder schickt — nicht daran denke, sich in die politischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen. Ja, er fordert das Ausland auf, „einzusehen, daß Volksbewegungen nicht durch polizeiliche Maßnahmen unterdrückt werden können“. Die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich hat kaum ein Viertel des österreichischen Volkes hinter sich, sie will drei Viertel des Volkes nach den verbrecherischen Methoden des Dritten Reiches unterdrücken. Und da spricht Neurath von wahrer Demokratie! Die Selbstbeherrschung der Pressevertreter, die ihm ruhig zuhörten, verdient alle Bewunderung.

Neurath sprach weiter von dem „unsinnigen Gerede über die sogenannte Judenfrage“, das schnell verstummen werde, „wenn man erkennt, daß die notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen konnte, daß sie aber doch nur dazu diente, um in Deutschland die Herrschaft von Recht und Gesetz um so unerschütterlicher zu festigen.“ Recht und Gesetz sind also jetzt in Deutschland unerschütterlich gefestigt. Die Welt hat es mit Staunen gehört. Und einem Staatsmann, der ihr solche unsinnige, durch tausend Tatsachen jedes Tages widerlegte Unwahrheiten ins Gesicht schleudert, soll sie noch ein einziges Wort glauben?

Die Weltpresse, ganz besonders die französische, hat sich freilich weniger mit den kleineren Lügen und Unanständigkeiten dieser Ministerrede beschäftigt als mit seiner ziemlich offenherzigen Ankündigung, daß das neue Deutschland den gegenwärtigen Zustand der Rüstungsungleichheit nicht länger ertragen, also, falls die anderen nicht abrüsteten,

ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Vertrages von Versailles

aufrüsten werde. Mit dieser Erklärung des deutschen Außenministers ist eine gewisse Klarheit eingetreten, eine Klarheit, die es eigentlich unmöglich machen sollte, die Emigranten weiter zu beschuldigen, daß sie es wären, die der Welt den Aufrüstungswillen des Dritten Reiches denunzierten. Dieser Aufrüstungswille ist jetzt von der deutschen Regierung selbst in unverschleierter Form zugegeben worden. Er stellt die anderen Staaten Europas und der Welt vor schwierige Entscheidungen.

Die Erkenntnis, daß die Abrüstungskonferenz auch ohne die Erklärung Neuraths eigentlich schon längst tot war, ist allgemein. Die Abrüstungskonferenz wird, wenn sie wieder eröffnet wird, nur noch das Manöverfeld sein, auf dem die Diplomaten zu ganz anderen Zwecken als denen einer allgemeinen Abrüstung manövrieren.

Seit in Deutschland Hitler am Ruder ist, denkt keine Regierung der Welt daran, ihre Rüstungen herabzumindern,

es geschieht vielmehr überall, besonders in den Nachbarländern Deutschlands, das gerade Gegenteil davon: es wird überall aufgerüstet. Die Frage ist nur noch, ob ein allgemeines Wettrüsten der Sieger wie der Besiegten des Weltkrieges stattfinden soll, bis als seine unvermeidliche Folge ein neuer Weltbrand ausbricht, oder ob versucht werden wird, unter Berufung auf die bestehenden Verträge diese unheilvolle Bewegung abzustoppen.

Frankreich fühlt sich durch die deutschen Rüstungen am stärksten bedroht. Es bemüht sich, eine möglichst breite Basis zustande zu bringen für eine Aktion, die die deutschen Rüstungen unterbinden soll. Es versucht durch Sondierungen festzustellen, bis zu welchem Grade von Energie eine solche Aktion gesteigert werden kann, ohne daß die Einigkeit derer, die sie unternehmen, gefährdet wird. Dabei denkt es an die anderen Nachbarstaaten Deutschlands, die sich gleichfalls bedroht fühlen, dann ganz besonders an England und die Vereinigten Staaten, seine großen Verbündeten aus dem Weltkrieg, aber auch an Sowjetrußland und sogar an Italien. Es rechnet damit, daß das heutige Deutschland keinen einzigen Freund in der Welt hat — aber eine andere Frage ist, ob alle in Betracht kommenden Regierungen bereit sind, die Aktion gegen die deutschen Rüstungen bis zu einem Punkte zu treiben, an dem der Bestand des nationalsozialistischen Regimes selbst bedroht wäre. Dieser Punkt würde wahrscheinlich dann erreicht sein. wenn die

Auflösung der SA., der SS. und des Stahlhelms

gefordert werden würde.

Einstweilen bemüht sich Frankreich durchzusetzen, daß die Rüstungsbeschränkungen für einige Jahre vertagt werden und zuvor schon eine allgemeine Rüstungskontrolle eingeführt wird. Diese Rüstungskontrolle hätte dann den eigentlichen Zweck, festzustellen, daß Deutschland durch seine Rüstungen den Vertrag von Versailles verletzt hat. Aber es ist wiederum nicht anzunehmen, daß sich die deutsche Regierung ohne den stärksten Druck von außen verstehen könnte, eine solche Kontrolle hinzunehmen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets die Gleichberechtigung Deutschlands auf allen Gebieten gefordert, und sie hat stets gefordert, daß kein Staat aufrüsten, sondern daß alle abrüsten sollen. Sie hat für diese ihre Politik nicht nur die Unterstützung der Sozialistischen Internationale, sondern auch das Verständnis weitester bürgerlicher Kreise in den ehemaligen Siegerländern gefunden. Eine für Deutschland günstige Entwicklung ist durch das sinnlos herausfordernde Treiben der Hitlerregierung jäh unterbrochen worden. Deutschland befindet sich in der denkbar schwierigsten außenpolitischen Lage, und die Schuld daran trägt einzig und allein jene Verbrechergesellschaft, die jetzt vor der Welt für das geknebelte deutsche Volk das Wort führt.

Was aber den Herrn von Neurath betrifft, so mag er sich vielleicht mit Tayllerand trösten, der gleichfalls als Diplomat und Außenminister den verschiedensten Regierungen in Frankreich gedient hat. Tayllerand hatte keinen Charakter, aber Geist. Herr von Neurath hat keinen Charakter und sonst nichts!

Schamloser Gewissenszwang

Spende oder Erpressung?

Wer bisher geglaubt hat, die deutsche Sprache einigermaßen zu beherrschen, war in einem unverzeihlichen Irrtum befangen und muß sich von den braunen Reinigern eines Besseren belehren lassen. Setzten wir nicht bisher „Spende“ mit Schenkung gleich? Meinten wir nicht, nur eine freiwillige Gabe sei als Spende zu bezeichnen? Der gleichgeschaltete Sprachgebrauch hat mit dieser Vorstellung aufgeräumt. Eine Meldung der gleichgeschalteten Presse ist überschrieben „Spende der Gastwirte“ und lautet:

> Die Reichsleitung des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes hat, wie einem Schreiben des Bezirksverbandes Erfurt zu entnehmen ist, die Verfügung getroffen, daß **sämtliche deutschen Gastwirte, auch die nichtorganisierten, ein Prozent ihres Umsatzes vom 1. bis 31. August an die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft abzuführen haben.** Auf Anordnung der Reichsleitung müssen diejenigen Gastwirte gemeldet werden, die sich weigern, die Spende zu zahlen.

Waren wir nicht überzeugt, bei einer „Kundgebung“ werde durch die Teilnehmer ein Wille kundgegeben? Das ist anders geworden, jetzt wird den Teilnehmern etwas kundgetan, und wehe dem, der mit der Versammlungsleitung nicht einer Meinung ist!

Unter der Spitzmarke „Massenkundgebung der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ verfügt der schlesische Verbandsbezirksleiter des deutschen Arbeiterverbandes in der Prese:

> „Es hat jeder Arbeitnehmer bei den Gemeindebetrieben, Reichs- und Staatsbetrieben, Reichsbahn und Privateisenbahnen, Reichspost, Straßenbahnen, Verkehrs- und Handelsbetrieben sowie von der Schifffahrt und dem Wasserstraßenbau die Pflicht, zu erscheinen.“

Wenn der Rummel vorbei ist, können die Zeitungen wieder von der „ungeheuren Teilnehmerzahl“ auf die Begeisterung der Massen schließen.

Glaubten wir nicht bisher, eine Erpressung sei eine Erpressung, eine Schamlosigkeit sei eine Schamlosigkeit, wer immer sie begeht? So einfach ist die Sache nicht mehr. Deutsche Zeitungen melden:

> „In dem kleinen Bergmannsdorfe Maybach (Saargebiet) wird zur Zeit die Propaganda für den autonomistischen „Generalanzeiger“ mit geradezu zynischer Schamlosigkeit betrieben. Wer das Autonomistenblatt nicht bestellt, erlebt binnen kurzem eine Maßregelung und wird aus der Grube entlassen. Der Gewissenszwang nahm derartige Formen an, daß sich Ende August der katholische Pfarrer des Ortes veranlaßt sah, von der Kanzel herab gegen die Zustände Stellung zu nehmen.. Darauf hat die Grubenverwaltung mitgeteilt, daß dem Pfarrer die Verfügung über die Kirche entzogen werde... Sie hat mit diesem unerhörten Vorgehen gezeigt, daß sie offen das erpresserische Vorgehen der Separatisten unterstützt.“

Also: bei einer saarländischen Grubenverwaltung ist's Erpressung, wenn die deutsche Regierung täglich, stündlich zu hunderten Malen das gleiche tut, Zwangsabonnenten für Zeitungen anwerben läßt und jeden, der es wagt, Kritik zu üben, nicht nur aus dem Amt, sondern auch ins Konzentrationslager jagt, so heißt das „Gleichschaltung“ und „nationale Erneuerung“. Wer je deutsch gekonnt hat, kennt sich in diesem babylonischen Sprachwirrwarr nicht aus. Aber die gleichgeschaltete Presse hat erstaunlich schnell begriffen, worauf es ankommt, die braunen Zeitungslakaien drehen sich selber das Wort im Munde um.

Es wird viel gebetet in Berlin

Der „Berliner Herold“ stellt fest:

„Wenn man abends durch die Straßen von Berlin geht, entdeckt man, daß in jeder fünften, sechsten Seitenstraße eine fromme Gemeinde ihren Altar hat. Viel Sekten blühen, viel Laienprediger reden gehobene Worte, viel Harmoniumspiel und Choralgesang. Es wird viel gebetet in Berlin“.

Berlin, Berlin — wie haste dir verändert!

»Blut und Geist«

„Wenn man übrigens, was jetzt in Deutschland geschieht, wirklich der „arischen Rasse“ ankreiden müßte, so könnte man ihr nur wünschen, daß sie sich schleunigst mit einer anderen mischt (sofern sich noch eine andere mit ihr mischen will)!“ (Konrad Folke über „Blut und Geist“ in der „Neuen Züricher Zeitung.“)

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad.
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.